

Die Angst vor dem Wolf bleibt

Nutztierhalter fürchten sich vor ihm. Dennoch lehnt der Grosse Rat ein Konzept für den Umgang mit dem Wolf ab.

Silvan Meile

Der 27. Februar 2017 ging in die Thurgauer Geschichtsbücher ein. Nach mehr als 200 Jahren war der Wolf nachweislich zurück. Ein Freudentag war das aber nicht. Bei seiner Rückkehr floss Blut. Wolfsrude M75 riss mehrere Schafe im Thurgau, versetzte Tierhalter in Angst und Schrecken.

Sechs Jahre nach dem erwiesenen Streifzug eines Wolfs durch den Thurgau war das Raubtier Thema im Grossen Rat. Es würde sich neue Lebensräume suchen. Dabei seien auch dicht besiedelte Gebiete für ihn kein Hindernis, warnte Eveline Bachmann (SVP, Frauenfeld). «Jetzt ist die Zeit vorzusorgen», appellierte die Bäuerin. Sie verlangte ein kantonales Konzept, um den Umgang mit dem Wolf konkreter zu regeln. Bachmann gab zu verstehen, wie sie persönlich über die Daseinsberechtigung des Wolfes denkt: «Eine Koexistenz mit Mensch und Nutztieren hat es nie gegeben.»

Unterstützung erhielt Bachmann aus der eigenen Fraktion. Urs Schär (SVP, Langrickenbach) verwies darauf, wie stark die Populationen und damit der Landanspruch dieser Tiere seit deren Wiedereinwanderung aus Italien gestiegen sind. Die Angriffe auf Nutztiere im Thurgau der vergangenen Jahre hätten nun gezeigt: «Ein kantonales Wolfskonzept ist dringend nötig.»

Ein seltener Gast liefert viel Gesprächsstoff

Doch die meisten Votanten im Grossen Rat unterstützten diese Forderung nicht. «Aktuell braucht es kein Thurgauer Wolfskonzept», sagte Andreas Opprecht (FDP, Sulgen). Ein solches hätte nur eine eingeschränkte Wirkung, da der Wolf



SVP-Kantonsrätin Eveline Bachmann hatte mit der Forderung nach einem kantonalen Wolfskonzept kaum Unterstützung ausserhalb der SVP. Bild: Andrea Tina Stalder

als geschützt gilt. Den Umgang mit ihm regelt ein Bundesgesetz. 25 Rudel leben in der Schweiz und dem Grenzgebiet zu Italien und Frankreich. Selten tauchen im Flachland einzelne Tiere auf. Streifzüge als Erkundungstouren für neue Lebensräume führten Wolfsrudeln ins Unterland. Obwohl sie nur seltene Gäste sind, vermögen sie die Thurgauer Politik am Mittwoch zu beschäftigen.

«Der Wolf fordert uns alle», sagt Biologe Mathis Müller aus Pfyn, der für die Grünen im Kantonsparlament sitzt. «Neue Tiere werden durch den Thurgau

streifen.» In erster Linie gelte es, den Herdenschutz für Nutztiere zu verbessern. Der Wolf habe einen denkbar schlechten Leumund. «Ich wünschte mir mehr Gelassenheit bei diesem Thema.»

Schützenhilfe für Bündner Kantonsparlament

Die Lage sei nicht entspannt für die Nutztierhalter im Thurgau, sagte Opprecht. In der Landwirtschaft werde es vermehrt zu Konflikten kommen, der Wolf öfters im voralpinen Gebiet und auch im Thurgau anzutreffen sein. Doch vor allem Thurgauer

Landwirte, die Tiere während des Sommers auf Bündner Alpen bringen, zeigten sich besorgt über die dort ansteigenden Wolfspopulationen. Vermutlich auf der Flucht vor Wölfen seien Tiere von ihm auf einer Davoser Alp schon zu Tode gestürzt, erklärte Landwirt Josef Gemperle (Mitte, Fischingen). Er sprach sich für ein verschärftes Gesetz aus, das mehr Abschüsse von Wölfen ermöglichen würde.

Die zuständige Regierungsrätin Cornelia Komposch sagte, dem Thurgau biete sich die Möglichkeit, beim Gesetzesprozess auf Bundesebene mitzuwir-

ken. Sie wolle die Wolfsrisse nicht kleinreden. Doch Komposch setzte diese auch in Relationen. Bereits bevor der Wolf hierzulande wieder auftauchte, seien bei Alpinsommerungen zwischen zwei bis neun Prozent Verluste an Nutztieren zu beklagen gewesen, etwa wegen Steinschlägen, Abstürzen oder Blitzschlägen. Das sei so geduldet gewesen. Nun verursache jeder Wolfsriss einen Aufschrei, die effektiven Verlustzahlen seien jedoch ähnlich hoch geblieben. Den Vorwurf, die Thurgauer Regierung verstecke sich beim Thema Wolf hinter dem Bund, wies sie zurück.

Einigkeit herrschte bei den Thurgauern über die Zukunft des in die Schlagzeilen geratenen Wolfsrudels am Piz Beverin. Mehrere Redner – auch Regierungsrätin Komposch – zeigten Verständnis für den kürzlich gefällten Entscheid des Bündner Kantonsparlaments. Demnach soll ein ganzes Wolfsrudel geschossen werden. Das Beverinrudel gilt als problematisch, riss bereits viele Nutztiere und kommt Menschen auffallend nahe. Ein Abschuss des ganzen Rudels verstösst jedoch gegen geltendes Bundesrecht.

Der Wolfsalarm soll interkantonal wirken

«Aktuell haben wir in unserem Kanton zum Glück kein Wolfproblem», sagte Franz Eugster (Mitte, Bischofszell) im Namen der Mitte/EVP-Fraktion. Der nebenberufliche Schafzüchter verwies stattdessen darauf, dass das SMS-Alarm-System zwingend mit den Nachbarkantonen abgesprochen werden müsse. Diese Forderung äusserte er bereits vor drei Jahren. «Für mich in Bischofszell wäre es von Bedeutung zu erfahren, wenn in Niederhelfenschwil ein Wolf wütet.»

Grosser Rat folgt dem Wunsch von Behinderten

Knapper Entscheid gegen den Willen des Regierungsrats für ein Rahmenkonzept «Wohnen und Arbeiten».

Hans Suter

«Es braucht unbedingt ein Rahmenkonzept zur Behindertenpolitik in den Bereichen Wohnen und Arbeiten», sagt Kantonsrätin Nicole Zeitner (GLP, Stettfurt). Zusammen mit zehn Mitunterzeichnenden sowie 68 Mitunterzeichnenden hat sie den Antrag dazu eingereicht.

Der Regierungsrat lehnt den Antrag ab mit der Begründung, das gültige Behindertenkonzept und das aktuelle Leitbild des Kantons Thurgau würden die zentralen Forderungen der UNO-Behindertenrechtskonvention bereits enthalten und die Arbeit in der vorberatenden Kommission sei so weit fortgeschritten, dass mit einer Beratung im Grossen Rat im Frühjahr 2023 zu rechnen sei.

Für viele Grossratsmitglieder kommt die Traktandierung des Geschäfts unerwartet

schnell. Es sei kaum genügend Zeit geblieben, sich seriös mit der Vorlage auseinanderzusetzen, führt Roland Wyss (EVP, Frauenfeld) aus. «Der Regierungsrat war ebenfalls überrascht über die kurzfristige Traktandierung», bestätigt Regierungsrat Urs Martin.

«Beinahe den Mut und die Kraft verloren»

Für noch mehr Überraschungen sorgen zwei Kehrtwenden. Mit der Beantwortung des Antrags habe sich der Regierungsrat selbst eine Goldmedaille verliehen, indem er selbstlobend auf alles hinweise, was er bereits in der Behindertenpolitik geleistet habe. «Beim Lesen der Antwort hat mir der Atem gestockt, sodass ich beinahe den Mut und die Kraft verloren habe, weiter für dieses Rahmenkonzept zu kämpfen», sagt Nicole Zeitner. Kolleginnen und Kollegen sowie

ein Grossteil der Mitunterzeichnenden hätten sie ermutigt, nicht aufzugeben. Wer vertiefte Kenntnisse habe, der wisse, «dass nicht alles glänzt, was hier gelohnt dargestellt wird».

Regierungsrat Urs Martin zitiert aus einem E-Mail von Nicole Zeitner vom 7. Februar 2023 an sein Amt: Sie werde aus verschiedenen Gründen ihren Kolleginnen und Kollegen vorschlagen, den Antrag zurückzuziehen. Sie möchte unter anderem der intensiven Arbeit der interdisziplinären Arbeitsgruppe eine Chance geben. Die vielen kritischen Fragen an den Prozess hätten dazu geführt, dass inzwischen enorm viel gearbeitet worden sei und mit der Einbindung von zusätzlicher fachlicher Unterstützung am 16. Februar sehr gute Ergebnisse der Arbeitsgruppen präsentiert werden könnten. Zeitner bestätigt dies und wiederholt: «Beim Le-

sen der Antwort hat mir der Atem gestockt, sodass ich beinahe den Mut und die Kraft verloren habe.» Während Zeitner weiterkämpft, ist Mitunterzeichner Kurt Baumann (SVP, Sirmach) ausgestiegen. «Ich lehne den Antrag heute ab», sagt er. «Bevor man plant, muss man Regeln schaffen. Genau das wird nun erarbeitet mit dem Finanzierungsgesetz. Das Rahmenkonzept würde nur zusätzliche Ressourcen binden.»

Wie werden die Fraktionen entscheiden? Darauf sind auch rund 40 Menschen mit Behinderung, ihre Betreuerinnen und Personen von und aus dem Umfeld von Pro Infirmis gespannt. Da die Zuschauertribüne nicht rollstuhlgängig und ohnehin beengt ist, müssen viele die Debatte im Foyer am Bildschirm verfolgen.

Die GLP stellt sich klar hinter den Antrag, die Mitte/EVP-

Fraktion mehrheitlich, ebenso ein grösserer Teil der FDP. Die Fraktionen von SP, Grünen und EDU sprechen sich einstimmig für den Antrag aus, die SVP ist einstimmig dagegen. Urs Martin wirbt für die Ablehnung: «Die Antragsteller fordern einen Bericht über einen Bereich, der 20 bis 30 Prozent der Betroffenen umfasst. Der Regierungsrat liefert bis zum Ende des Jahres seinen Bericht für 100 Prozent. Sie bringen dadurch Sand ins Getriebe.» Dem entgegnet Nicole Zeitner: «Das Wohnen und Arbeiten ist zwar nur ein Teilbereich, aber es ist der Kernbereich. Die Zukunft wird ein Gleichstellungsgesetz sein.»

In der Abstimmung sprechen sich 68 Grossratsmitglieder für die Erstellung des Rahmenkonzepts aus, womit das absolute Mehr erreicht wird, 51 sprechen sich dagegen aus, drei enthalten sich der Stimme.

Elektrofahrzeuge: Bonus bleibt

Fragestunde Der überwiegende Anteil der eingelösten Personewagen ist noch immer mit einem Verbrennungsmotor ausgerüstet. Nach wie vor brauche es Anreize, um das Verhältnis der elektrisch angetriebenen Autos zu erhöhen, sagte Regierungsrätin Cornelia Komposch. Ein solcher ist die **Reduktion der Strassenverkehrssteuer für Elektroautos**. Das soll so bleiben. Denise Neuweiler (SVP, Langrickenbach) fragte, ob die Regierung demnächst eine Gleichbehandlung beabsichtige.

Paul Koch (SVP, Oberneunforn) fragte nach, wie es um die Behebung der Schwachstellen bei 146 dringend zu sanierenden **Fussgängerstreifen** stehe. Baudirektor Dominik Diezi bestätigt Verzögerungen. Erst 80 seien vollständig saniert. Viele Projekte würden noch durch nicht beeinflussbare Faktoren verzögert: Landerwerb, Baubewilligungsverfahren, Einsparungen, mangelnde Projektleiterkapazitäten.

«Das Konto ist eröffnet, das Thema hat sich erledigt.» Aufgrund des Bankgeheimnisses könne auch die Thurgauer Kantonalbank nicht mehr dazu sagen. Regierungsrat Urs Martin beantwortete die Frage von Kantonsrätin Barbara Müller (Ettenhausen) zum mit Verzögerung gewährten **TKB-Konto des Vereins Aufrecht Thurgau** nur knapp. (sme/hs)

Ratsjournal

139 Personen erhalten kantonales Bürgerrecht

Bestätigung Der Thurgauer Grosse Rat stimmt allen 83 Einbürgerungsgesuchen von gesamthaft 139 Personen diskussionslos zu. Den vier Gesuchen mit neun Personen mit Schweizer Pass wird einstimmig entsprochen. Bei den Gesuchstellern aus dem Ausland sagen 108 Parlamentsmitglieder Ja, sechs Nein und zehn enthalten sich der Stimme. (hs)

Gesetz über Strassen und Wege hat das Ziel erreicht

Geschafft Die Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege ist in trockenen Tüchern. Wegen zweier Übertragungsfelder folgte die Abstimmung erst mit Verspätung. Immerhin: Zur bereinigten Vorlage gab es keine Gegenstimmen. (hs)

Gsaat isch gsaat

«Sie können der Katze auch Büsi sagen.»

Kurt Baumann (SVP, Sirmach) beweist zoologischen Sachverstand.

«Auch Präsidentinnen haben manchmal schwache Tage.»

Grossratspräsidentin Barbara Dätwyler zeigt Verständnis in eigener Sache.

«Wer hat die Taste eins nicht gefunden?»

Nochmals Barbara Dätwyler, die nach einem Parlamentarier forscht, der im elektronischen System verloren ging. (ck)